

Neufassung

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 14.09.2021

„Junge Menschen mit Suchtproblemen“

A. Problem

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Junge Menschen mit Suchtproblemen

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse liegen dem Senat vor, dass es während der Corona-Pandemie zu einer Zunahme von Drogenkonsum unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen kam bzw. kommt?
2. Verzeichnete die Escape-Ambulanz für junge Menschen mit Suchtproblemen einen Anstieg an Hilfe- und Ratsuchenden und wie lange beträgt die Wartezeit bis zu einer Beratung?
3. Wie viele Mitarbeiter*innen arbeiten in der Escape-Ambulanz und wie viele Stellen sind derzeit unbesetzt?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Gesicherte Daten für Bremen zum Umfang und zur Art des Drogenkonsums während der Corona-Pandemie bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen können erst mit Abschluss der SCHULBUS-Studie und des Epidemiologischen Suchtsurveys (ESA) geliefert werden, die in diesem Jahr in Bremen durchgeführt werden. Erste Auswertungsergebnisse der Studien werden für Sommer 2022 erwartet.

Aus dem **Bremer Hilfesystem** werden folgende Einschätzungen gegeben:

In den Projekten der Suchtprävention des Landesinstituts für Schule ergab sich der Eindruck, dass ohnehin substanzgebrauchende Schüler:innen mehr konsumiert haben, aber kein drastischer Anstieg an Neueinsteiger:innen beim Substanzkonsum zu verzeichnen ist.

Die Ambulante Suchthilfe Bremen (ASHB) meldet eine deutlich steigende Beratungs-Nachfrage bei jungen Cannabis-Konsument:innen. Außerdem gab es eine um mehr als 30 Prozent gestiegene Nachfrage an Beratungsgesprächen in der Fachstelle Medienabhängigkeit.

Auch im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Bereich wurden vielfältige psychische Störungen und Belastungsreaktionen deutlich, darunter eine Zunahme von Suchtmittel- und Medienkonsum. Dies schlägt sich auch in den Anfragen bei der Jugendsuchtberatungsstelle [Esc]ape nieder.

Dass sich die Lebensqualität und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Verlauf der Corona-Pandemie zunehmend verschlechtert hat und fast ein Drittel ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten litt, belegt die sogenannte Copsy-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf.

Belastungen dieser Art erhöhen das Risiko für experimentellen, selbstmedikamentös intendierten Gebrauch von Suchtmitteln und Medikamenten wie Beruhigungs- und Schmerzmitteln auch bei jungen Menschen.

Die Gefahr dabei ist, dass aus dem vermehrten Konsum während einer schweren Phase eine Gewohnheit wird und dadurch ein noch höheres Risiko für eine Abhängigkeit entsteht.

Eine von der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) in Auftrag gegebene forsa-Umfrage zeigt eine Konsumzunahme bei Zigaretten, Alkohol und Cannabis bei 16- bis 29-Jährige in Deutschland an. Nach aktuellen Studien des Universitätskrankenhauses Hamburg-Eppendorf und der DAK Gesundheit stieg die Nutzungsdauer von Online-Spielen und von sozialen Medien während der Pandemie und besonders während der Lockdowns deutlich und verstetigte sich auf hohem Niveau.

Zu Frage 2:

Leider liegen keine konkreten Daten zur Inanspruchnahme der Jugendsuchtberatungsstelle [Esc]ape vor, da die entsprechende Geschäftsstelle im Gesundheitsamt seit einem Jahr wegen anderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nur mit sehr wenigen Stunden besetzt war und daher keine statistischen Auswertungen erfolgen konnten.

Bei den Anfragen an die Beratungsstelle Jugendsuchtberatungsstelle [Esc]ape, beobachten die Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen einen Anstieg an Hilfesuchenden bezüglich Drogen- und/oder Medienmissbrauch.

Während der corona-bedingten reduzierten personellen Ausstattung von [Esc]ape wurden die Jugendlichen/Familien entweder - wenn auch andere psychische Auffälligkeiten genannt wurden - in der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle (KIPSY) versorgt oder an die schulbezogenen Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) oder an die Ambulante Suchthilfe Bremen (ASHB) verwiesen. Dazu wurden kooperative Absprachen mit den beteiligten Institutionen getroffen. Die Wartezeit auf ein reguläres Erstgespräch in der KIPSY beträgt derzeit 9 Wochen.

Hier wird dringender Handlungsbedarf gesehen. Das Gesundheitsressort hat im Rahmen des Corona-Kindergipfels ressortübergreifende Gespräche aufgenommen, um niedrigschwellige, stadtteilbezogene Angebote zur psychischen Stärkung der Jugendlichen und eine entsprechende Finanzierungsperspektive zu entwickeln. Zu klären ist noch, ob das Gesundheitsressort Mittel aus dem bereit gestellten Budget erhalten wird.

Zu Frage 3:

[Esc]ape ist aktuell mit einer halben ärztlichen Stelle und einer Vollzeitstelle Sozialpädagog:in ausgestattet. Die ärztliche Stelle ist seit Anfang dieses Jahres unbesetzt. Eine Nachbesetzung konnte im ersten Verfahren aufgrund mangelnder ärztlicher Bewerbungen nicht erfolgen; die Stelle ist aktuell erneut ausgeschrieben mit der Option, auch einen Psychologen oder eine Psychologin einzustellen. Die Vollzeitstelle Sozialpädagog:in ist besetzt, jedoch wegen einer Weiterbildungsbeurlaubung seit Juni nicht im Dienst. Eine Vertretungskraft wurde mit Dienstbeginn 16. August eingestellt.

Auch bei voller Dienstbesetzung der 1,5 Stellen bleibt der Handlungsspielraum von [Esc]ape jedoch begrenzt. Deshalb wurde seitens des Ressorts die Prüfung von Möglichkeiten einer Stellenerweiterung aus Ressortmitteln zum Ausbau des Behandlungsangebots veranlasst. Außerdem setzt sich das Ressort im Rahmen des Corona-Kinder-Gipfels für niedrigschwellige, stadtteilbezogene Angebote zur psychischen Stärkung der Jugendlichen ein, unter anderem, damit aus einem gesteigerten Suchtmittelkonsum keine Abhängigkeitserkrankung wird.

Die Durchführung der SCHULBUS-Untersuchung in diesem Herbst wird die Konkretisierung der auf Suchtmittel bezogenen Datenlage bei jungen Menschen ermöglichen.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Eine Erweiterung des Stellenkontingents von [Esc]ape hat finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen. Eine Aufstockung der Beratungsstelle um eine Vollzeitstelle Sozialpädagogik kostet ca 75.000 € im Jahr. Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatorin für Kinder und Bildung sowie der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat.

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat nimmt die vorliegende Antwort der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 12.09.2021 auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Stadtbürgerschaft der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen „Junge Menschen mit Suchtproblemen“ vom 06.07.2021 zur Kenntnis.